

„Die Schlumis sind bekannt“

Bürgergeld vom Jobcenter: Teil zwei des AZ-Interviews mit Ulrich Nehring und Stephan Preine

VON ULRICH MEINHARD

HILDESHEIM/ALFELD. Der Chef des Jobcenters Hildesheim, Ulrich Nehring, sowie sein Bereichsleiter Markt und Integration, Stephan Preine, haben der AZ zum Thema Bürgergeld und Leistungskürzungen Rede und Antwort gestanden. Hier nun der zweite Teil des Interviews (Teil eins in der Freitag-Ausgabe; das vollständige Interview ist auch auf www.azuri.de/buergergeld zu finden).

Haben die Mitarbeiter im Jobcenter überhaupt die Zeit, ausführlich mit den Kunden zu arbeiten?

Ulrich Nehring: Im Fallmanagement ist der Betreuungsschlüssel 1 zu 50. Im Tagesgeschäft liegen wir deutlich drüber, dreifach etwa. Und mehr. Der Weg, den wir in Hildesheim beschreiten, ist es, nachhaltig und vor allem individuell drauf zu schauen. Ist das Vertrauen einmal aufgebaut und sind etwa Obdachlosigkeit, Schulden und Suchtproblematik durch das Fallmanagement bearbeitet, gilt es zu schauen, was geht in Richtung Qualifizierung, was in Richtung Arbeitsaufnahme. Unser gesetzlicher Auftrag ist es, Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Und das geht am besten mit Arbeit.

Stephan Preine: Natürlich bekommen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Gefühl dafür, wo es einen größeren Unterstützungsbefehl gibt.



Stephan Preine.
© JOB-CENTER
HILDESHEIM

Und sie wissen auch, wenn ich das mal so frei sagen darf: Wo sind auch meine Schlumis. Wenn wir sagen, der Hildesheimer Weg ist der individuelle Weg, dann stimmt das so auch. Wir überlegen uns schon, was ist für den Weg aus der Hilfebedürftigkeit aus unserer Sicht das Zielführende. Und das ist ganz unterschiedlich. Das ist in der Hildesheimer Nordstadt ein ganz anderer Weg möglicher-



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters haben es mit ganz unterschiedlichen Menschen zu tun. Nur wenige (etwa vier Prozent) wollen partout nicht arbeiten.

FOTO: FREEPIK (SYMBOLBILD)

weise als im Südkreis, wo es eine andere Bevölkerungsstruktur, andere Ballungszentren gibt. Die Kollegen verfügen über die notwendige Erfahrung, um bedarfsgerecht mit ihren Kunden umzugehen. In der überwiegenden Anzahl der Fälle wirken die Betroffenen selbst aktiv mit, um aus ihrer Hilfebedürftigkeit herauszukommen.

Gibt es nach Ihrer Erfahrung Menschen, die aus einer Arbeit, möglicherweise einer schlecht bezahlten Arbeit, absichtlich heraus und in das Bürgergeld hinein gehen?

Ulrich Nehring: Das kann ich nicht ausschließen. Möglicherweise ja. Aber da landen wir wieder bei den angesprochenen Themen. Welche Problemlage, welchen Rucksack trägt jemand mit sich herum und ist es wirklich so: Ich will nur das Geld und alles andere nicht? Ich wehre mich zum Beispiel gegen den Verdacht, dass vor allem junge Leute nichts weiter wollen, als Bürgergeld vom Staat zu beziehen. Ich glaube, jeder hat auch Träume und möchte auch etwas leisten, beziehungsweise möch-

te sich etwas erarbeiten können. Und selbst wenn wir bei jungen Leuten Leistungsminde- rungen vornehmen würden, wäre das kurzfristig vielleicht ein Erfolg, aber was bringt es langfristig? Wir haben in Hildesheim etwa 250 junge Menschen bis 25, die keinen festen Wohnsitz und zum Teil keine Leistung von uns beziehen und sich irgendwie durchschlagen. Macht es da nicht Sinn, diese jungen Menschen in das System des Bürgergeldbezuges zu bringen, um dann auch mit ihnen arbeiten zu können?

Dazu müsste ja jemand rausgehen und sie ansprechen.

Ulrich Nehring: Und genau das tun wir. Es gibt beispielsweise das Café Hotspot, wo wir eine Maßnahme gemeinsam mit dem Landkreis umsetzen, schwer erreichbare junge Menschen doch zu erreichen und in das Regelsystem zu bringen. Ein präventiver Gedanke, der vor einem Jahr auf Initiative der CDU auf den Weg gebracht worden ist. Die Frage ist auch: Wie soll ein Sozialstaat aufgebaut sein? Soll er ein Staat sein, der reglementiert und sanktioniert? Oder ist es mehr ein ak-

tivierender Sozialstaat, der Menschen einen Weg zeigt, wieder Teil dieser Gesellschaft sein zu können? Wir setzen es so um, wie Politik es in Gesetze gießt. Was ich bedaure, ist, dass der Diskurs zugespitzt verläuft und nicht die Vielfältigkeit der Einzelfälle widerspiegelt. Die Lebenswirklichkeit bietet ein sehr differenziertes Bild.

Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine konnten denn bislang auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden?

Ulrich Nehring: Tendenziell zunehmend... Seit Anfang 2022 sind es 382. In diesem ersten Halbjahr 2024 waren es allein 111. Und aus den anderen acht Hauptherkunftsländern 1288 seit 2022 und 228 im ersten Halbjahr 2024. Der Integrationskurs vom Bundesamt für Migration ist verpflichtend, er ist nicht nur auf Sprachvermittlung angesetzt, sondern ist auch gesellschaftliche, soziale und soziokulturelle Integration in unser Land. Da wird also Deutschland erklärt. Schweden und auch Dänemark sind den Weg gegangen zu sagen: Flüchtlinge bekommen gar

kein Geld, sie sollen direkt arbeiten. Also das Prinzip Arbeit zuerst, anstatt Sprache zuerst, wie bei uns. Wenn man sich beide Systeme anschaut, kann man nicht sagen, dass eins besser und das andere schlechter ist. Wenn natürlich viele Flüchtlinge aufgrund fehlender Sprachkenntnis in Helferjobs kommen, führt das zu Verdrängungseffekten für Einheimische, die keine große Qualifikation haben. Während die geflüchteten Menschen wozu möglich nicht aus ihrer Nichtqualifikation herauskommen und der Staat auf lange Sicht zahlen muss und das auf Jahre hinaus. In Deutschland ist wiederum seit einiger Zeit die Idee, mit dem Jobturbo Menschen in Arbeit zu bringen. Denn wo lernt man Sprache am besten: im Job. Und dann muss es weitergehen. Unser Bestreben muss es sein, auch aufgrund des Fachkräftemangels, diese Menschen zu qualifizieren. Auch hier sind wir wieder in einer individuellen Sichtweise.

Ist die Einführung des Bürgergeldes im Jobcenter intern kritisch diskutiert worden?

Ulrich Nehring: Ja. Und diese Diskussion haben wir sehr bewusst geführt. Es gab positive und weniger positive Stimmen. Das ist ja auch klar, auch wir sind mit unseren 300 Beschäftigten ein Spiegelbild der Gesellschaft. Wir hatten kritische Fragen. Zum Beispiel bezüglich des Schonvermögens, das bei 40.000 Euro liegt und dessen Karenzzeit jetzt von zwölf auf sechs Monate verkürzt werden soll. Angenommen, eine unserer Mitarbeiterinnen ist alleinerziehend und kann nur verkürzt arbeiten und es kommt jemand mit 38.000 Euro auf dem Konto und will einen Antrag auf Bürgergeld stellen: Da sagt sie sich sicher, die hätte ich auch gerne. Das sehe ich nicht als Neiddebatte. Das muss einfach mal besprochen werden. Deshalb ist es sicher angemessen, dass die Politik noch einmal an diese Karenzzeit geht und sie auch wieder senkt, wie es der Bundesminister gesagt hat. Es gibt durchaus unterschiedliche Meinungen von Integrationsfachkräften. Einige sagen, wenn ich die Möglichkeit habe, mit Leistungsminde- rungen reagieren zu können, schaffe ich vielleicht auch Bewegung beim Kunden.

Andere halten davon nichts. Deshalb sind wir aktuell dabei, das ganze Thema Beratung in den Mittelpunkt zu stellen. Wir haben jetzt ein Beratungslabor eingerichtet. Da geht es vor allem darum, dass wir den Gedanken der Bürgergeld-Guides, die wir übrigens schon vor Einführung des Bürgergeldes implementiert hatten, übertragen haben auf sogenannte Beratungs-Guides. Es geht darum, Möglichkeiten des Austausches zu schaffen, kollegiale Fallberatung durchzuführen, einen Raum zu geben, wo wir Beratungskompetenz praktisch erproben können. Wir wollen den Erfolg unserer Beratung steigern. Und erfolgreich sind wir, wenn unsere Kunden eine Qualifizierung oder eine Arbeit aufnehmen.



Ulrich Nehring.
© JOB-CENTER
HILDESHEIM